

Gemeinsame Erklärung von Mitgliedern des Landtags Baden-Württemberg zur Vorstellung des Jahresberichts „Antisemitische Vorfälle in Baden-Württemberg 2025“

13. Juli 2026

Der Kampf gegen Antisemitismus bleibt auch nach der Landtagswahl eine gemeinsame Verpflichtung unserer Fraktionen.

Der Bericht „Antisemitische Vorfälle in Baden-Württemberg 2025“ der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Baden-Württemberg (RIAS Baden-Württemberg) macht deutlich, dass der Kampf gegen Antisemitismus durch gemeinsame Anstrengungen gestärkt werden muss. Für das Jahr 2025 dokumentierte RIAS Baden-Württemberg insgesamt 335 antisemitische Vorfälle – nahezu einen pro Tag. Dabei zeigte sich der Antisemitismus alltagsprägend für viele Jüdinnen und Juden: Antisemitische Vorfälle ereigneten sich an unterschiedlichen Orten des täglichen Lebens, zum Beispiel auf der Straße, im Internet oder an Bildungseinrichtungen. Gerade deshalb ist der fraktionsübergreifende Austausch von großer Bedeutung, denn Antisemitismus tritt in Baden-Württemberg in unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus und in unterschiedlichen Erscheinungsformen auf.

Wir stellen uns entschieden gegen die Leugnung des Existenzrechts Israels und gegen jede Form der Verharmlosung der Schoa. Wir verurteilen jede Anfeindung gegen Jüdinnen und Juden und setzen uns für ein selbstverständliches, sichtbares und sicheres jüdisches Leben in Baden-Württemberg ein.

Fadime Tuncer, MdL (Bündnis 90/Die Grünen):

„Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus macht seit dem vergangenen Jahr eine wichtige Arbeit bei uns in Baden-Württemberg. Denn Antisemitismus ist ein zunehmendes und kein bloßes Problem aller extremistischen Milieus, sondern breitet sich auch in der Mitte der Gesellschaft immer weiter aus. Wer deshalb den Antisemitismus bekämpfen will – und dies ist die Aufgabe aller demokratischen Parteien –, muss neben den Ursachen auch die Vorfälle kennen und benennen, so wie es RIAS tut.“

Maren Steege, MdL (CDU):

„Ich wünsche mir für Baden-Württemberg, dass sich Jüdinnen und Juden bei uns jederzeit sicher fühlen können. Das sollte aber kein Wunsch, sondern Wirklichkeit sein. Denn ein antisemitischer Vorfall pro Tag im vergangenen Jahr ist einer zu viel. Das dürfen und werden wir nicht hinnehmen. Als Sprecherin gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben setze ich mich mit aller Kraft dafür ein, dass sich das ändert. Der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Baden-Württemberg und Herrn Dr. Ogman danke ich herzlich für ihre wichtige Arbeit.“

Dr. Boris Weirauch, MdL (SPD):

„Der Jahresbericht antisemitischer Vorfälle 2025 zeigt: Antisemitismus gehört für Jüdinnen und Juden leider mittlerweile zum Alltag. Besonders betroffen macht mich die hohe Zahl an Vorfällen in Bildungseinrichtungen. Das zeigt, dass Antisemitismusprävention stärker im Bildungsplan verankert werden muss. Die Arbeit der RIAS-Meldestelle hat dazu beigetragen, das große Dunkelfeld antisemitischer Vorfälle ein Stück weit aufzuhellen. Die RIAS-Meldestelle muss dauerhaft gesichert und ausgebaut werden, damit das Dunkelfeld weiter aufgeklärt und das Lagebild präziser wird. Antisemitismus darf keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Jüdisches Leben zu schützen, Betroffene zu unterstützen und Antisemitismus entschieden entgegenzutreten, ist eine gemeinsame Verantwortung von Staat und Gesellschaft.“